

**Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt**  
**Körperschaft des öffentlichen Rechts**



## **WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL**

### **IN SACHSEN-ANHALT 2026**

Antworten von CDU, FDP, DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Stand: 30. Juni 2026

*Anlässlich der Landtagswahl 2026 in unserem Bundesland möchten wir, der Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt, einige für die jüdische Gemeinschaft wichtige Themen aufgreifen und die kandidierenden Parteien auf diese Themen aufmerksam machen. Dazu haben wir Wahlprüfsteine erarbeitet, um die Positionen der Parteien zu zentralen Fragen jüdischen Lebens und der Bekämpfung von Antisemitismus sichtbar zu machen.*

*Befragt wurden die aktuell im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Fraktionen. Die Antworten auf unsere Wahlprüfsteine wurden von den jeweiligen Parteien übermittelt und werden unverändert und unkommentiert wiedergegeben. Die Aussagen stellen die Meinung der Parteien, nicht des Landesverbandes dar. Die Antworten sind in der Reihenfolge ihres Eingangs wiedergegeben.*

## **1. Unterstützung und Stärkung des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt**

**Frage:** *Wie bewertet Ihre Partei die Notwendigkeit der Unterstützung jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt angesichts der zunehmenden antisemitischen Vorfälle? Welche Maßnahmen, wie zum Beispiel die Weiterentwicklung des Landesprogramms „Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ und die institutionelle Absicherung des im Staatsvertrag verankerten Ansprechpartners für jüdisches Leben bzw. des Landesbeauftragten, sollen fortgeführt oder neu entwickelt werden, um das jüdische Leben in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern und weiter zu stärken?*

### **⇒ Antwort von CDU**

Die CDU Sachsen-Anhalt freut sich sehr über die Entwicklung des jüdischen Lebens in Deutschland und Sachsen-Anhalt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, jüdisches Leben zu schützen und in Deutschland im Alltag wieder sichtbarer zu machen. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können. Wir bekämpfen Judenhass und Antisemitismus, auch israelbezogenen Antisemitismus, mit Entschlossenheit. Wir wollen zeigen, dass jüdisches Leben nicht nur zur Vergangenheit und zur Gegenwart in Sachsen-Anhalt zählt, sondern auch Zukunft in unserem Land hat. Die stete Anpassung und Weiterentwicklung des wichtigen und klaren Landesprogramms „Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“, das in alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens ausstrahlt, ist wichtig und entscheidend. Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt die sichere Weiterführung der Aufgaben des Ansprechpartners für jüdisches Leben. Weiterentwicklungen dieser Instrumente können Ergebnis eines vertrauensvollen Dialogs zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Jüdischen Gemeinschaft sein. Bei allen haushaltspolitischen Herausforderungen werden wir hier entsprechende Prioritäten setzen. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür werden wir bedarfsorientiert gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden weiterentwickeln. Die CDU steht ohne Einschränkung und mit Überzeugung zu den Verträgen des Landes Sachsen-Anhalt mit der Jüdischen Gemeinschaft, auch mit Blick auf Sicherheit, und wird diese sinnvollen und bewährten Verträge und Vereinbarungen immer offensiv verteidigen. Diese sind stets im Dialog gemeinsam weiterzuentwickeln. Die CDU Sachsen-Anhalt sieht den Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt als einen verlässlichen und vertrauensvollen Partner in einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der jüdischen Gemeinschaft.

## ⇒ Antwort von FDP

Für die FDP ist klar: Jüdisches Leben gehört zu Sachsen-Anhalt – historisch, kulturell und gegenwärtig. Angesichts der zunehmenden antisemitischen Vorfälle sind die Unterstützung und der Schutz jüdischen Lebens keine optionale Aufgabe, sondern eine dauerhafte Verpflichtung und Notwendigkeit.

Als FDP stehen wir für Toleranz, Weltoffenheit und die Freiheit jedes Menschen. Dazu zählt es selbstbestimmt leben zu können, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Lebensentwurf.

Das Landesprogramm „Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ ist dafür ein wichtiges Instrument, das wir fortführen wollen. Wichtig ist es in unseren Augen, das Programm regelmäßig zu evaluieren und an neue Herausforderungen anzupassen. Entscheidend ist, dass erfolgreiche Maßnahmen verstetigt und dort nachgeschärft werden, wo sich neue Bedrohungslagen zeigen. Dazu gehört ausdrücklich auch die dauerhafte Absicherung des Landesbeauftragten bzw. Ansprechpartners für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus als landesweit sichtbare und verlässliche Anlaufstelle. Diese Funktion ist zentral, um jüdische Belange in die Landespolitik einzubringen, Akteure zu vernetzen und Antisemitismus ressortübergreifend wirksam zu bekämpfen.

Ebenso wichtig ist die Fortführung und Stärkung niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene antisemitischer Vorfälle. Wer Antisemitismus erlebt, muss schnell, unkompliziert und verlässlich Hilfe erhalten.

## ⇒ Antwort von DIE LINKE

Die Zunahme antisemitischer Vorfälle im Land bereitet der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt große Sorge. Der antisemitische Anschlag vom rechtsextremen Attentäter in Halle an Jom Kippur war eine Zäsur für unser Land und hat uns die akute Bedrohungslage für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und Deutschland auf tragische Weise vor Augen geführt. Gleichwohl handelte es sich hierbei nur um Spitze des Eisbergs. Antisemitische Gewalt entsteht nicht spontan, sondern aus einem gesellschaftlichen Klima des Hasses. Mehr als sechs Jahre nach dem Anschlag müssen wir feststellen: Antisemitismus in Sachsen-Anhalt findet nach wie vor gesellschaftlichen Nährboden, er nimmt zu. Daraus können wir nur eine Konsequenz ziehen: **Der Schutz und die Stärkung jüdischen Lebens implizieren den Kampf gegen jede Form des Antisemitismus – einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus.** Dies ist unsere tiefe Überzeugung auch aus historischer Verantwortung.

Die Linke in Sachsen-Anhalt unterstützt das Landesprogramm „Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ grundsätzlich und fordert weitergehende Maßnahmen zum Schutz der jüdischen Gemeinschaft.

Dazu gehören:

- Ein kontinuierlicher polizeilicher Schutz für jüdische Einrichtungen und Synagogen
- die finanzielle Unterstützung baulicher Sicherheitsmaßnahmen für Synagogen und andere jüdische Einrichtungen.

Mit Sorge beobachten wir, dass Fördergelder des Bundes für zivilgesellschaftliche Projekte zur Antisemitismus-Prävention in Sachsen-Anhalt ausgelaufen sind und entsprechende Angebote zurückgefahren werden mussten. Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Judenhass muss als zentraler Bestandteil einer breiten Strategie für Toleranz, Demokratie und Antirassismus verstanden werden und zivilgesellschaftliche Akteure in Anbetracht dieser großen Herausforderung entsprechend gewürdigt und gefördert werden – sowohl von Landes- als auch von Seiten des Bundes.

#### ⇒ Antwort von AfD

Jüdisches Leben genießt als Teil der deutschen Kulturgeschichte unsere höchste Wertschätzung. Die institutionelle Absicherung des im Staatsvertrag verankerten Ansprechpartners für jüdisches Leben wollen wir daher großzügig ausgestalten. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass es der Förderung jüdischen Lebens nur wenig nützt, ja vielleicht sogar schadet, wenn dieses Anliegen stets mit der Bekämpfung des Antisemitismus verklammert wird. Dadurch erhält der Antisemitismus eine Aufmerksamkeit, die er gar nicht verdient, und die positive Strahlkraft der faszinierenden jüdischen Kultur wird überdeckt. Das beste Mittel gegen Antisemitismus ist die Förderung eines authentischen jüdischen Lebens.

#### ⇒ Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jüdinnen und Juden müssen in Sachsen-Anhalt angstfrei und unbehelligt leben können. Die aus dem Landesprogramm „Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ geschaffenen Strukturen und Maßnahmen wollen wir im Dialog mit den jüdischen Gemeinden und der Zivilgesellschaft weiterentwickeln und finanziell sichern. Die Beratungsstelle OFEK nimmt, genau wie der Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt, der Antisemitismusbeauftragte der Justiz, sowie die vielfältigen Austausch- und Bildungsprogramme in Sachsen-Anhalt eine unverzichtbare Rolle ein.

#### ⇒ Antwort von SPD

Wir setzen uns seit über 150 Jahren für eine demokratische, solidarische und tolerante Gesellschaft ein. Wir erteilen allen autoritären, rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen und Strömungen eine Absage. Unsere Gesellschaft lebt vom Respekt vor vielfältigen Herkunftsgeschichten, Glaubensrichtungen, Biografien und Lebensentwürfen. Diesen Respekt bringen wir allen Menschen entgegen.

Jüdisches Leben gehört seit vielen Jahrhunderten zu Sachsen-Anhalt. Jüdische Kultur, Tradition und Religion sind und bleiben Bestandteile der deutschen Gesellschaft. Dafür stehen wir ein.

Wir wollen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und in Sachsen-Anhalt sicher leben. Wir stehen fest an der Seite der jüdischen Gemeinschaft. Der zunehmende Antisemitismus besorgt uns sehr. Es gab in den letzten Jahren eine Zunahme von antisemitischen Vorfällen (Beschädigungen, Stehlen von Stolpersteinen, Beschimpfungen, körperliche Angriff u. v. m.), wie die Berichte der Meldestelle RIAS belegen. Der antisemitische und rechtsradikale Mordanschlag von Halle und der versuchte Mord an Jüdinnen und Juden in der Synagoge an Jom Kippur 2019 haben gezeigt, dass es ein weit verbreitetes rechtsextrem motiviertes und terroristisches Gedankengut und Taten gibt, die leider keine Einzelfälle sind.

In unserem Wahlprogramm haben wir festgelegt: „Die Arbeit des Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus wird zur Funktion eines Antisemitismusbeauftragten weiterentwickelt.“ Wir wollen das Landesprogramm „Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ weiterentwickeln und an aktuelle Entwicklungen anpassen. Erst kürzlich hat der Landtag von Sachsen-Anhalt den novellierten Vertrag mit der jüdischen Gemeinschaft für weitere 10 Jahre beschlossen. Darin wird die Zusammenarbeit zwischen dem Land und der jüdischen Gemeinschaft umfassend geregelt. Über kulturelle Fragen zum Erhalt jüdischen Erbes bis hin zu Sicherheit, Bildung und Begegnung.

## 2. Umgang mit „israelkritischen“ Demonstrationen

*a) In letzter Zeit beteiligen sich viele Menschen offen an antiisraelischen oder sogenannten „israelkritischen“ Demonstrationen und positionieren sich dabei antisemitisch.*

**Frage:** *Wie bewertet Ihre Partei die bisherigen Reaktionen der Behörden in Sachsen-Anhalt auf solche und andere antisemitische Vorfälle im öffentlichen Raum? Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um eine Eskalation frühzeitig zu verhindern und mit entsprechenden Parolen und Symbolen im Kontext von Israel angemessen umzugehen?*

### ⇒ Antwort von CDU

Das Demonstrationsrecht ist im Grundgesetz verankert und wird von uns ebenfalls verteidigt. Wenn aber dieses Recht missbraucht wird, um Antisemitismus und die Vernichtung Israels zu propagieren, kann es hier null Toleranz geben. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt auf die weitere Sensibilisierung der zuständigen Behörden. Es bedarf frühzeitiger polizeilicher Aufklärung, einer intensiven Begleitung durch die Behörden des Demonstrationsgeschehens und gegebenenfalls eines konsequenten Einschreitens durch diese. Die Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sollen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel konsequent und deutlich einsetzen. Dieses gilt ohne Einschränkungen auch für den Antisemitismus, der im Gewand von Israelkritik daherkommt. Die freie Meinungsäußerung findet klar ihre Grenze bei der öffentlichen Bekundung von Antisemitismus und Antijudaismus. Diese sind auch nicht durch die Religionsfreiheit o. ä. gedeckt. Das Zeigen entsprechender Symbole ist mit Konsequenz zu ahnden wie das Verkünden solcher Parolen.

### ⇒ Antwort von FDP

Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind zentrale Grundpfeiler unseres freiheitlichen Rechtsstaats. Auch kritische politische Äußerungen – etwa gegenüber Staaten – sind grundsätzlich geschützt. Gleichzeitig gilt klar: Antisemitismus ist keine Meinung, sondern dort zu unterbinden, wo strafbare Inhalte vorliegen.

Deshalb ist eine klare Abgrenzung zwischen legitimer politischer Kritik und antisemitischen Äußerungen erforderlich. Parolen und Symbole, die ausdrücklich verboten sind oder strafrechtliche Tatbestände erfüllen, müssen konsequent untersagt und verfolgt werden. Zugleich darf das Versammlungsrecht als hohes Gut nicht pauschal eingeschränkt werden; Eingriffe müssen verhältnismäßig und einzelfallbezogen erfolgen.

Um Behörden hierbei zu unterstützen, setzen wir auf klare Leitlinien und eine Stärkung der Expertise. Dazu gehört insbesondere die Arbeit von Antisemitismusbeauftragten – etwa im Justizministerium sowie in den Polizeibehörden –, die zur Einordnung beitragen und für eine erhöhte Sensibilität im Umgang mit entsprechenden Vorfällen sorgen.

#### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Die Linke Sachsen-Anhalt anerkennt, dass die Behörden des Landes auf die seit dem 7. Oktober 2023 zu verzeichnende Zunahme israelfeindlicher Demonstrationen reagiert und Demonstrationen, die als antisemitisch eingestuft wurden, unterbunden haben.

Gleichwohl sind wir uns im Klaren, dass Antisemitismus auch innerhalb von Behörden stattfindet – wie die Skandale unter Bereitschaftspolizisten aus dem Jahr 2020 deutlich gemacht haben. Polizeischulungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Für eine grundsätzliche Sensibilisierung im Erkennen von und im Umgang mit Antisemitismus bedarf es jedoch weiterer und umfassenderer Maßnahmen. Entsprechende Schulungen sind ebenfalls notwendig für die Einordnung von Symbolen und Parolen auf einschlägigen Demonstrationen, um auf Antisemitismus im öffentlichen Raum angemessen und rechtzeitig reagieren zu können.

Gleichzeitig sind wir uns dessen bewusst, dass die Grenze zwischen israelkritischen Positionen und antisemitischen Aussagen nicht immer eindeutig herleiten lässt. Bereits die Differenz zwischen IRA-Definition von Antisemitismus und der Jerusalem-Declaration lässt dieses Problem deutlich werden. Vor diesem Hintergrund halten wir es für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, dass jede israelkritische Position als antisemitisch eingestuft wird.

#### ⇒ Antwort von AfD

Wir bewerten die Reaktionen der Behörden im Großen und Ganzen als angemessen. Die Behörden sind, soweit wir sehen, gewillt, antisemitische Ausfälle zu unterbinden. Generell sollten fremde Konflikte nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden. Wir können uns vorstellen, zu verlangen, dass bei öffentlichen Kundgebungen Deutsch gesprochen wird. Es kann nicht sein, dass Antisemitismus sich hinter Arabisch oder Persisch versteckt, weil er meint, so von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht erkannt zu werden.

#### ⇒ Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Versammlungsfreiheit ist ein besonders weit geschütztes Grundrecht. Sie ermöglicht es, gesellschaftliche Debatten öffentlich auszutragen und politischen Meinungen Ausdruck zu verleihen. Der Krieg in Gaza ist ein Thema, das viele Menschen in Deutschland bewegt. Sich dazu an der öffentlichen Meinungsbildung zu beteiligen, auch im Rahmen von Demonstrationen, ist ein durch das Grundgesetz verbrieftes Recht. Auch die deutsche Verwaltungsgerichtsbarkeit hat sich vielfach mit diesem Themenkomplex befasst: Deutschlandweit sind mehr als 100 veröffentlichte Entscheidungen im Zusammenhang mit Demonstrationen zum Krieg in Gaza ergangen.

In Sachsen-Anhalt haben die Versammlungs- und Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit mit Bedacht agiert. Diese Umsicht wollen wir erhalten. Meinungsäußerungen sind versammlungsrechtlich nur dann relevant, wenn sie einen Straftatbestand erfüllen oder erkennbar in Gefährdungslagen umschlagen, die eine friedliche Auseinandersetzung gefährden.

Daneben ist auch das Verbot der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen zu beachten. Verstöße sind von der Polizei entsprechend zu ahnden.

Grundsätzlich gilt: Durch gründliche Vorgespräche soll auf einen friedlichen Verlauf von Demonstrationen hingewirkt werden; gegebenenfalls sind Auflagen zu erlassen und diese konsequent durchzusetzen. Diesen Ansatz wollen wir beibehalten.

## ⇒ Antwort von SPD

Wir dulden keinen Antisemitismus – egal aus welcher Richtung er kommt, auch nicht unter dem Deckmantel der „Israelkritik“. Wir wissen, dass unsere Sicherheitsbehörden viel tun, damit Jüdinnen und Juden sich sicher fühlen und jüdische Einrichtungen geschützt werden.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut in unserer Demokratie. Es schützt auch Demonstrationen gegen die Politik der israelischen Regierung, aber wenn dort antisemitische Hetze und mögliche Gewalttaten propagiert werden, muss konsequent eingeschritten oder bei ersten Anzeichen die Demonstration eingeschränkt bzw. verboten werden.

Um Ausschreitungen und Eskalationen bei Demonstrationen zu verhindern, ist eine vorherige Information bzw. Kommunikation über die Grenzen der freien Meinungsäußerung und Antisemitismus bzw. des Bereiches § 86a des Strafgesetzbuches (StGB) unerlässlich. Zeichen, die die Hamas verherrlichen (Betätigungsverbot gegen die Hamas vom 02.11.2023) sind ebenso verboten wie die Verwendung und Verbreitung einer Reihe von Symbolen, die als Kennzeichen der Hamas eingestuft werden.

*b) Unter den Demonstrierenden sind auch viele ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland leben.*

**Frage:** *Sollten straf- und migrationsrechtliche Maßnahmen gegenüber ausländischen Staatsangehörigen, die antisemitische Straftaten begehen, konsequenter angewandt werden, einschließlich möglicher Maßnahmen, die zum Verlust des Aufenthaltsrechts führen können?*

## ⇒ Antwort von CDU

Sachsen-Anhalt verlangt bereits von heute bei einer Einbürgerung ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Sollten Personen, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben, antisemitische Straftaten begehen, müssen diese selbstverständlich bei weiteren aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Diese können und sollen auch bei ausländerrechtlichen Vorschriften ohne Einschränkungen angewendet werden. Dazu gehören alle Bereiche des Migrationsrechts ebenso wie das allgemeine Aufenthaltsrecht und das Asylrecht. Die Beendigung eines Aufenthaltsrechts bei entsprechendem Verbrechen etc. muss zu den anwendbaren Maßnahmen gehören. Deutschland und Sachsen-Anhalt dürfen und werden keine migrationsrechtlichen Einschränkungen beim Kampf gegen den Antisemitismus dulden.

## ⇒ Antwort von FDP

Straftaten sind unabhängig von Motivation oder Hintergrund konsequent zu verfolgen. Für uns gilt: Jede Straftat hat erhebliches Gewicht und muss rechtsstaatlich geahndet werden – unabhängig davon, ob sie politisch, religiös oder anderweitig motiviert ist.

Strafrechtliche Sanktionen stehen dabei im Vordergrund. Soweit migrationsrechtliche Maßnahmen in Betracht kommen, müssen diese auf einer klaren gesetzlichen Grundlage beruhen und verhältnismäßig angewendet werden.

Entscheidend ist, dass Recht konsequent durchgesetzt wird – ohne Ansehen der Person, aber stets im Rahmen der rechtsstaatlichen Garantien. So sichern wir sowohl die öffentliche Ordnung als auch das Vertrauen in einen handlungsfähigen und freiheitlichen Staat.

#### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Die Linke Sachsen-Anhalt ist sich im Klaren, dass Antisemitismus auch in migrantischen Communities stattfindet und seit dem 7. Oktober eine zunehmende Bedrohung für jüdisches Leben darstellt. Dennoch sind wir grundsätzlich gegen eine Verbindung von Strafrecht und Ausländerrecht. Auch aus historischer Verantwortung dürfen wir nicht zulassen, dass Antisemitismus deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern relativiert wird – zumal die überwiegende Mehrheit der Straftaten nach wie vor von deutschen Tätern aus dem rechtsextremen Milieu verübt wird.

Um dem Problem umfassend gerecht zu werden, kann die Lösung aus unserer Sicht nur lauten: Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungsformen verstehen und durch gezielte Maßnahmen der Prävention bekämpfen. Bei der juristischen Bewertung und Sanktionierung darf aus unserer Sicht kein Unterschied gemacht werden zwischen Tätern mit und ohne Migrationshintergrund.

#### ⇒ Antwort von AfD

Seit der Gründung der AfD fordern wir, den aus Nahost importierten Antisemitismus durch eine strikte Einwanderungspolitik, rigorose Abschiebungen und – in Einzelfällen – auch durch den Entzug der Staatsbürgerschaft zu bekämpfen.

#### ⇒ Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Allen Menschen in Deutschland kommt das durch die allgemeine Handlungsfreiheit geschützte Recht zu, sich in Deutschland an Demonstrationen zu beteiligen. Begehen ausländische Staatsangehörige Straftaten, aus denen sich nach aktueller Gesetzeslage aufenthaltsrechtliche Konsequenzen ergeben, sind diese zu prüfen. Das Ausweisungsinteresse ist in solchen Fällen gegen das Bleibeinteresse abzuwägen und auch Abschiebehindernisse sind zu beachten. Eine Überstrapazierung rechtlicher Möglichkeiten, wie sie die Ausweisungsversuche der Innenverwaltung von Berlin zeigen, lehnen wir ab. Antisemitismus muss bekämpft werden. Er lässt sich regelmäßig nicht durch Ausweisungen außer Landes schaffen.

#### ⇒ Antwort von SPD

Die Fraktionen von SPD und CDU haben sich 2021 auf eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts geeinigt. Wer wegen einer antisemitischen oder rassistischen Straftat verurteilt wurde, soll nicht mehr eingebürgert werden. Mit der 4. Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde gesetzlich verankert, dass wer wegen einer antisemitisch oder rassistisch motivierten Straftat verurteilt worden ist, nicht eingebürgert werden kann. Dies gilt auch bei geringfügigen Gesetzesverstößen bei der Verurteilung wegen einer antisemitischen Straftat unterhalb der Schwelle der Bagatelldelikte.

Wer in Sachsen-Anhalt eingebürgert werden will, muss seit 2023 in einem schriftlichen Bekenntnis das Existenzrecht Israels anerkennen. Dies ist in einem entsprechenden Erlass an die kreisfreien Städte und Landkreise im Land festgehalten. Die Frage, ob eine solche Regelung auch für Personen gelten soll, die einen Aufenthaltstitel haben, wurde im Bundesrat 2024 diskutiert. Dort konnte man sich nicht auf eine entsprechende Regelung einigen.

### 3. Frühzeitiges Erkennen antisemitischer Einstellungen im Integrationsprozess

**Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um antisemitische Einstellungen früh im Integrationsprozess, insbesondere in Sprachkursen und Bildungseinrichtungen, zu erkennen? Und wie soll die Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Ausländerbehörden verbessert werden, um eine realistische Einschätzung zu ermöglichen?

#### ⇒ Antwort von CDU

Das Bekenntnis zum freien und sich entwickelnden jüdischen Leben in Deutschland und Sachsen-Anhalt ist für uns als CDU Sachsen-Anhalt nicht verhandelbar. Es wird aktiv stets weiterentwickelt. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson und damit Verpflichtung für alles staatliche Handeln. Dieses muss allen Menschen, die zu uns kommen und hier befristet oder dauerhaft bleiben wollen, von Anfang an innerhalb aller staatlichen Maßnahmen verdeutlicht werden. Hierzu müssen, z. B. durch das genannte Landesprogramm, alle Behörden und Bildungsträger auf das entsprechende Ziel hin zusammenarbeiten. Antisemitismus und antiisraelische Hetze dürfen sich auch nicht in Fremdsprachen tarnen, hier sind auch für Behörden und Träger Kenntnisse unabdingbar notwendig. Bei allen Integrationsangeboten muss auf die Glaubensfreiheit in Deutschland, die Selbstverständlichkeit der Ablehnung menschenfeindlicher Einstellungen, insbesondere Antisemitismus, sowie das Existenzrecht Israels mit Beachtung geachtet werden. Sollten antisemitische Einstellungen mehrfach geäußert werden, muss dann auch der Kurs beendet werden und eine Meldung an die Ausländerbehörde über den Grund für die Beendigung des Kurses gegeben werden.

#### ⇒ Antwort von FDP

Für die FDP ist der Integrationsprozess ein zentraler Baustein für ein gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben. Gerade Sprachkurse und Bildungseinrichtungen sind oft die ersten Orte, an denen Wertevermittlung, demokratische Grundhaltung und gesellschaftliche Teilhabe konkret eingeübt werden. Deshalb müssen antisemitische Einstellungen dort frühzeitig erkannt und klar adressiert werden.

Als FDP stehen wir dafür, dass Integrationsangebote klar vermitteln müssen: Wer in Deutschland lebt, akzeptiert die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dazu gehört selbstverständlich auch die Anerkennung jüdischen Lebens und das Existenzrecht Israels.

Unabdingbar ist zudem eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und zuständigen Behörden. Bildungsträger und Ausländerbehörden müssen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten enger, strukturierter und verbindlicher kommunizieren können, um problematische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und realistisch einzuordnen. Dafür braucht es klare Austauschformate, feste Ansprechpartner und verlässliche Kommunikationswege. Grundlage dafür ist eine funktionierende, professionelle Zusammenarbeit. Bildungsträger müssen jedoch in ihrer pädagogischen Arbeit eigenständig bleiben und dürfen nicht zu bloßen Kontrollinstanzen werden. Ziel ist ein ausgewogenes Verhältnis von Prävention, Verantwortung und professioneller Eigenständigkeit.

#### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Innerhalb des Integrationsprozesses und den damit verbundenen Angeboten müssen demokratische Grundsätze wie der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus elementare Bestandteile sein. Aus unserer Perspektive sind die vorgesehenen Streichungen der Bundesregierung für diesen Bereich ein katastrophales Zeichen.

Ferner ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, Bildungsträger mit einer Berichtspflicht über Teilnehmende an Integrationskursen gegenüber der Ausländerbehörde zu belegen.

#### ⇒ Antwort von AfD

Der Verfassungsschutz sollte, anstatt die patriotische Opposition zu bekämpfen, stärker auf den Antisemitismus unter Einwanderern achten und jeden Einwanderer vor der Einbürgerung einer Regelüberprüfung unterziehen.

#### ⇒ Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Integrationskurse sind ein wichtiger Ansatzpunkt für die Vermittlung demokratischer Verfassungsprinzipien sowie zur Akzeptanz von Vielfalt und Toleranz. Bestehende Beratungsstrukturen und der Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs müssen erhalten bleiben. Darüber hinaus muss der Austausch zwischen den Akteuren intensiviert werden.

#### ⇒ Antwort von SPD

Um frühzeitig antisemitische Äußerungen oder Strömungen zu erkennen, bedarf es Schulungen des Unterrichtspersonals. Als Leitfaden für alle (!) Bildungseinrichtungen orientieren wir uns an der Erklärung der Kultusministerkonferenz: Maßnahmen gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit schützen unsere Demokratie. Es geht um die stärkere Verankerung der Beschäftigung mit dem Judentum in Vergangenheit und Gegenwart, der Geschichte und Gegenwart des Staates Israel und des Nahostkonflikts sowie die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus im Unterricht verschiedener Fächer, außerdem um eine stärkere Präsenz gegenwärtigen jüdischen Lebens und jüdischer Perspektiven.

## 4. Thematisierung internationaler Verflechtungen des Antisemitismus an Hochschulen

**Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um zu gewährleisten, dass internationale Verflechtungen des Antisemitismus, beispielsweise zwischen Anhängern des Nationalsozialismus und Terrororganisationen im Nahen Osten, an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt angemessen thematisiert werden, sodass aktuelle Entwicklungen besser eingeordnet werden können?

### ⇒ Antwort von CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt sieht es als zentrale Aufgabe der Hochschulen, Antisemitismus auch in seinen internationalen und historischen Verflechtungen konsequent wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dazu gehören sowohl seine Wurzeln im Nationalsozialismus als auch heutige Ausprägungen im islamistischen Extremismus und im israelbezogenen Antisemitismus. Ziel ist eine sachliche, faktenbasierte Einordnung, die aktuelle Entwicklungen verständlich macht und ideologische Verzerrungen vermeidet. Dafür setzt die CDU auf eine Stärkung der Antisemitismus- und Extremismusforschung sowie eine bessere Verankerung entsprechender Inhalte in Lehre und Studiengängen. Zugleich braucht es einen klaren rechtlichen Rahmen, der Hochschulen ein konsequentes Vorgehen gegen antisemitische Vorfälle ermöglicht. Antisemitismusbeauftragte können hierbei eine wichtige koordinierende Rolle übernehmen.

Ergänzend bleibt Prävention zentral: Politische Bildung und Erinnerungskultur müssen gestärkt werden. Die CDU steht für eine klare Linie: Null Toleranz gegenüber Antisemitismus in jeder Form und entschlossenes Handeln im gesamten Hochschulbereich. Selbstverständlich gilt der grundgesetzliche Anspruch der Freiheit von Forschung und Lehre. Unsere klare Erwartungshaltung ist aber, dass antisemitische Aktionen an den Hochschulen in unserem Land keine Toleranz finden und dann durch die Hochschulleitungen auch eingegriffen wird. Entsprechend würden wir den Dialog mit den Hochschulleitungen suchen.

### ⇒ Antwort von FDP

An deutschen Hochschulen ist es seit 2023 vermehrt zu antisemitischen Vorfällen, insbesondere mit Involvierung linksextremer, antiimperialistischer Gruppen gekommen, so auch z. B. an der Burg Giebichenstein oder an der Universität Halle. Versuchen, durch Protest oder Gewaltaufrufe z. B. Forschungs- und Wissenschaftskooperationen mit israelischen Einrichtungen zu stoppen und dadurch die Freiheit der Wissenschaft einzuschränken, stellen wir uns entschieden entgegen. Studentische Gruppen und Projekte, die sich mit ihrem Antisemitismus außerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen, dürfen an unseren Hochschulen keine Förderung erhalten.

### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Sämtliche Maßnahmen, die einem besseren Verständnis und einer besseren Einordnung von Antisemitismus – auch mit Blick auf den historischen Kontext und internationale Verflechtungen – förderlich sind, begrüßt Die Linke Sachsen-Anhalt ausdrücklich. Dies gilt selbstverständlich auch für die Hochschulen des Landes. Entsprechende Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der RIAS können hierbei einen Beitrag leisten.

#### ⇒ Antwort von AfD

Den Antisemitismus an Hochschulen, der hauptsächlich von linken Hochschulgruppen ausgeht, wollen wir zurückdrängen, indem wir die Politisierung der Hochschulen insgesamt zurückfahren. Hochschulen sind Orte der Wissenschaft und der akademischen Diskussion, nicht der politischen Agitation.

#### ⇒ Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Universitäten und Hochschulen sind Bildungs- und Forschungsorte, bieten aber auch Räume für die gesellschaftliche Debatte zur Aushandlung gesellschaftlicher Konflikte. Für Antisemitismus darf es an Hochschulen keinen Raum geben. Jüdische Studierende müssen vor physischer und psychischer Gewalt und Ausgrenzung wirksam geschützt werden. Wir setzen uns deshalb für ein konsequentes Vorgehen gegen antisemitisches Verhalten sowie für eine stärkere Antisemitismusprävention an Hochschulen ein.

#### ⇒ Antwort von SPD

Forschung und Lehre sind frei. Alle Hochschulen des Landes haben sich jedoch in der Präambel der Zielvereinbarungen 2025–2029 dazu bekannt, sich „gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus“ zu wenden und sich an den entsprechenden Beschlüssen der KMK und Hochschulrektorenkonferenz zu orientieren. Das schließt den kritischen Diskurs in der Hochschulöffentlichkeit über die in der Frage benannten Verflechtungen ein.

## 5. Vorbeugen antisemitischer Einstellungen unter Kindern und Jugendlichen

*Antisemitische Einstellungen unter Kindern und Jugendlichen nehmen zu und stellen auch Schulen vor wachsende Herausforderungen.*

**Frage:** Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Antisemitismus wirksam vorzubeugen und die demokratische Resilienz von Schülerinnen und Schülern zu stärken? Können Sie sich vorstellen, dass der schulische Unterricht in Sachsen-Anhalt künftig folgende Themen verpflichtend behandelt?

- a) Aufarbeitung der Shoah und Vermittlung der neueren jüdischen Geschichte seit 1945
- b) Besuch der Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes
- c) Verankerung des Vergleichs zwischen historischen Diktaturen und heutigen autoritären Systemen
- d) Aufklärung zur Auseinandersetzung mit aktuellem Extremismus und dessen Bezug zu antisemitischen Einstellungen

### ⇒ Antwort von CDU

Das Landesprogramm umfasst viele Maßnahmen in den Schulen des Landes. Hierzu gehört die Thematisierung der genannten Themen bei Schülerinnen und Schülern ebenso wie bei der Fortbildung von Lehrkräften. Bildungsministerium, Landesschulamt und LISA müssen sich diesen Aufgaben offensiv stellen und in Lehrplänen wie außerschulische Aktivitäten und Fortbildungsangeboten stellen, was unter der Führung der CDU Sachsen-Anhalt bereits deutlich geschieht. Dieses ist ausbaufähig und ausbauwürdig. Alle in der Aufzählung unter 5. a) bis d) genannten Maßnahmen können und sollen hier dazugehören. Auch ist der Besuch von Synagogen und Gemeindezentren und damit die Verbindung zu heutigem jüdischem Leben in Sachsen-Anhalt notwendig. Die dem Bildungsministerium nachgeordnete Landeszentrale für politische Bildung soll durch eine Vielzahl von Angeboten und Veranstaltungen sich dieser Aufgabe stellen und aktiv einbringen. Die Aufarbeitung der Geschichte des Antisemitismus, der Shoah und der NS-Diktatur ist für uns als CDU Sachsen-Anhalt unverzichtbarer Bestandteil der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen und mit entsprechender Gewichtung im Lehrplan verankert. Es geht um eine lebendige Erinnerungskultur. Jede Schülerin und jeder Schüler soll während seiner Schulzeit eine Gedenkstätte für die Opfer der NS-Diktatur besuchen. Dies hat der Landtag auf Initiative der CDU-Fraktion bereits in der auslaufenden Legislaturperiode beschlossen. Das Förderprogramm der Landeszentrale für politische Bildung für diese Fahrten wollen wir fortsetzen. Ebenso die internationalen Kooperationen in diesem Bereich. Die politische Bildung ist Bestandteil der Schulbildung in unserem Bundesland. Dazu gehören dann auch die aufgeführten Punkte zum Vergleich von historischen Diktaturen und heutigen autoritären Systemen. Alle kulturellen Maßnahmen und Angebote wie jüdische Kulturtage etc. sind unbedingt weiter und ausgebaut zu fördern.

### ⇒ Antwort von FDP

Das Vorbeugen gruppenbezogener Diskriminierung, insbesondere im Kontext des wachsenden Antisemitismus in der Gesellschaft, ist zentrale Aufgabe eines Schulwesens, dass junge Menschen zu mündigen und toleranten Individuen erziehen soll.

Gemeinsam mit den anderen Koalitionsfraktionen haben wir deshalb konkrete Fortentwicklungen der Erinnerungskultur an Schulen beschlossen (nachzulesen in: Beschlussempfehlung „Gedenkstättenfahrten für Schülerinnen und Schüler schrittweise weiterentwickeln und bedarfsgerecht fördern“ (Drs. 8/6479)). Dazu zählt insbesondere die Weiterentwicklung des Förderrahmens für Gedenkstättenfahrten, sodass spätestens ab 2030 jeder Schüler die Möglichkeit des Besuchs einer

Gedenkstätte wahrnehmen kann. Zur Begleitung der Gedenkstättenfahrten sollen entsprechende pädagogische Angebote geschaffen werden.

Gleichzeitig sieht die FDP auch eine große Notwendigkeit, jüdisches Leben in der Gegenwart darzustellen und im Unterricht verständlich zu vermitteln. Im Allgemeinen wollen wir rechtliche und finanzielle Hürden für schuleigene Projekte aus dem Weg räumen, damit Schulen z. B. Workshops zum Umgang mit modernem Antisemitismus oder zur Darstellung modernen jüdischen Lebens in Kooperation mit Bildungsstätten und der jüdischen Gemeinde eigenständig und ohne großen bürokratischen Aufwand durchführen können.

#### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Die Linke Sachsen-Anhalt spricht sich für eine gezielte finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren der Demokratietarbeit aus, die – wie das Netzwerk Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V. – wertvolle Präventionsarbeit gegen Antisemitismus und zur Förderung der demokratischen Resilienz mittels Projekttagen an Schulen leistet. Die von Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) geplanten Kürzungen des Förderprogramms „Demokratie Leben!“ lehnen wir aufgrund der zu erwartenden desaströsen Auswirkungen auf die zivilgesellschaftliche Demokratietarbeit in Ostdeutschland strikt ab. Insbesondere in einer Zeit, in der Antisemitismus Hochkonjunktur hat und eine offen rechtsextreme Partei droht, stärkste Kraft im Land zu werden, ist dieses Signal fatal. Nicht weniger, sondern deutlich mehr Gelder braucht es für Antisemitismusprävention an Sachsen-Anhalts Schulen.

Zu a) und b) Ja, die Aufarbeitung der Shoa in Verbindung mit verbindlichen Gedenkstättenbesuchen ist eine klare Forderung der Linken im Kontext der Demokratieförderung an Schulen. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion Die Linke im Landtag von Sachsen-Anhalt eingereicht, dieser wurde im Juni 2025 an den Bildungsausschuss überwiesen und im Januar 2026 per Landtagsbeschluss übernommen. Vor dem Hintergrund der eingeschränkten gestalterischen Möglichkeiten einer Oppositionsfraktion ist dieser Vorgang bemerkenswert. Dieser Antrag war Ergebnis von Gesprächen mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt.

Auch einer stärkeren Thematisierung der neueren jüdischen Geschichte steht die Partei Die Linke Sachsen-Anhalt grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

Zu c) und d) Demokratische Bewusstseinsbildung an Schulen impliziert ein Wissen über die charakteristischen Merkmale autoritärer und totalitärer Diktaturen. Dies ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Gefahr für die Demokratie, die von der AfD ausgeht, essentiell. Daher halten wir entsprechende Inhalte im Lehrplan der Schulen für sinnvoll und notwendig.

Eine inhaltliche Herausforderung stellt jedoch die historische Singularität der Shoa auf der einen Seite und Parallelen in gesellschaftlichen Entwicklungen in Vergangenheit und Gegenwart auf der anderen Seite dar. In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, den Kontext von Autoritarismus, Diktatur, Militarismus, Rassismus und Antisemitismus genau zu analysieren, ohne eine falsche und oberflächliche Gleichsetzung unterschiedlicher Ausprägungen dieser Entwicklung zu vollziehen.

#### ⇒ Antwort von AfD

Wir denken nicht, dass eine verpflichtende Befassung mit der Geschichte der Judenverfolgung in den Jahren 1933 bis 1945 etwas gegen den aktuellen Antisemitismus ausrichtet. Der Antisemitismus der NSDAP war ein aus dem 19. Jahrhundert stammender rassischer Antisemitismus, der sich vom Antisemitismus unserer Tage – der islamisch-religiös, israelfeindlich und verschwörungstheoretisch geprägt ist – erheblich unterscheidet. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass eine Beschäftigung mit der Geschichte Israels und die Vermittlung israelischer Perspektiven auf die verschiedenen Konflikte mit den Arabern gegen den heutigen Antisemitismus immunisiert. Dieses Thema sollte allein schon aufgrund seiner weltpolitischen Bedeutung deutlich mehr Raum in den Lehrplänen einnehmen.

#### ⇒ Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Lehrpläne für das Fach Geschichte dahingehend überarbeitet werden, dass die Themen Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, SED-Diktatur und Gefahren für die Demokratie früher als bisher vermittelt werden. Darüber hinaus sollen diese Themen fächerübergreifend und altersgerecht an allen Schulformen möglichst frühzeitig behandelt werden.

Zudem fordern wir, den Besuch außerschulischer Lernorte, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur auseinandersetzen, verbindlich in den Rahmenlehrplänen zu verankern.

#### ⇒ Antwort von SPD

Leider beobachten wir auch an Schulen eine Zunahme von rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen. Die Bekämpfung des Antisemitismus an Schulen erfordert ein umfassendes Vorgehen, das Bildung, Prävention und Intervention der Lehrkräfte umfasst. Bedingung ist ein schulisches Umfeld, das von Respekt, Toleranz und Vielfalt geprägt ist. Lehrkräfte stehen vor der Aufgabe diesen Strömungen entgegenzutreten und präventiv zu wirken. Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) bot bspw. den landesweiten Fachtag „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und Antisemitismusprävention im schulischen Alltag“ an, der sich an Lehrkräfte und pädagogisches Personal richtete. Es ist darüber hinaus wichtig, das Wissen und Verständnis für jüdische Kultur und Geschichte zu fördern und durch Kenntnis und Verständnis frühzeitig aktiv zu werden. Es gibt die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, den jüdischen Gemeinden, der Moses-Mendelssohn-Akademie in Halberstadt, dem Museum Synagoge Gröbzig und weiteren Einrichtungen des jüdischen Erbes, die ein differenziertes und vielfältiges Bild des Judentums im schulischen Alltag sichtbar machen. Leitend ist die Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule.

Schule ist nicht nur ein Bildungsort, sondern auch ein Ort der demokratischen Bildung, an dem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt gelten und antisemitische, rassistische, antidemokratische und verfassungsfeindliche Äußerungen keinen Platz haben. Lehrkräfte dürfen, sollen und müssen Haltung zeigen, wenn es um die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geht. Lehrkräfte sind ausdrücklich berechtigt und verpflichtet, für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten. Menschenwürde, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine parteipolitischen Positionen, sondern verfassungsrechtlich verbürgte Grundwerte. Diskriminierende, rassistische oder demokratiefeindliche Äußerungen dürfen nicht als bloße ‚Meinung‘ stehen bleiben, sondern müssen von Lehrkräften eingeordnet und kritisch reflektiert werden.

Diese Themen [5. a) bis d)] werden in den Schulen des Landes behandelt und pädagogisch altersgerecht vermittelt. Derzeit werden die Lehrpläne für einzelne Klassenstufen überarbeitet. Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt (Drs. 8/6383), diese Themen stärker zu berücksichtigen. Der Landtag hat im vergangenen Jahr über eine Ausweitung der Fahrten zu den Gedenkstätten der beiden deutschen Diktaturen diskutiert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Schüler und jede Schülerin mindestens einmal in ihrer/seiner Schulzeit eine Gedenkstätte besucht. Die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung werden wir entsprechend bereitstellen.

## 6. Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

*In Halle (Saale) entsteht bis 2030 das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Die jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt hat durch die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten nach 1989 eine einzigartige Renaissance und Transformation erlebt, die die Identität unseres Landes mitgeprägt hat.*

**Frage:** *Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese spezifisch jüdische Perspektive der Nachwendezeit als integraler Bestandteil der ostdeutschen Erfolgsgeschichte im inhaltlichen Konzept des Zukunftszentrums in Halle (Saale) angemessen und dauerhaft repräsentiert wird?*

### ⇒ Antwort von CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt das Zukunftszentrum und dessen Anliegen, die Transformationsgeschichte Ostdeutschlands nach 1990 sichtbar zu machen. Zu den unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen der Nachwendezeit gehört zweifelsfrei auch die spezifisch jüdische Perspektive. Über die konkrete Ausgestaltung einer solchen Präsentation kann mithin noch keine Aussage getroffen werden. Die Ausstellungsmacherinnen und -macher sind grundsätzlich frei in der genauen inhaltlichen Ausgestaltung des Zukunftszentrums. Wir werden unsere vorhandenen Möglichkeiten dafür nutzen, dass auch die Perspektive der Menschen mit jüdischem Glauben bei der Gestaltung des Zentrums mitberücksichtigt wird.

### ⇒ Antwort von FDP

Das Zukunftszentrum in Halle (Saale) ist ein bedeutender Ort, um die Transformationsgeschichte Ostdeutschlands, die Erfahrungen der Nachwendezeit und die Bedeutung der Deutschen Einheit sichtbar zu machen. Für uns als FDP ist klar: Dazu gehört auch die jüdische Perspektive. Die Wiederentstehung jüdischen Lebens in Ostdeutschland nach 1990 ist ein wichtiger Teil der ostdeutschen Transformationsgeschichte und damit auch Teil der Erfolgsgeschichte von Freiheit und Pluralität. Diese Perspektive sollte im Zukunftszentrum angemessen beleuchtet und sichtbar werden, bspw. durch eine entsprechende Berücksichtigung in Ausstellungsbereichen, Bildungsformaten oder Veranstaltungsreihen.

Das Zukunftszentrum wird in seiner inhaltlichen Ausgestaltung jedoch eigenständig arbeiten. Politische Verantwortung heißt deshalb nicht, Inhalte vorzuschreiben, sondern Räume zu eröffnen, in denen diese Perspektiven sichtbar werden können.

Wir schlagen daher vor, die jüdische Perspektive in enger Zusammenarbeit zwischen dem Zukunftszentrum und dem Landesverband Jüdischer Gemeinden einzubringen. Dies ist zum Beispiel über gemeinsame Dialogformate, wissenschaftliche Kooperationen, kulturelle Veranstaltungen oder kuratierte Ausstellungen möglich. So kann die jüdische Erfahrung der Nachwendezeit als selbstverständlicher Bestandteil ostdeutscher Transformationsgeschichte präsentiert werden.

### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Die organisatorische und inhaltliche Ausgestaltung des Zukunftszentrums in Halle war bisher regelmäßig Gegenstand im Europaausschuss des Landtags. Bisher standen dort die organisatorischen und baulichen Rahmenbedingungen im Vordergrund, in Zukunft werden es Inhalte dieses Zentrums sein. Dabei muss auch das Migrationsgeschehen seit 1990 nach Ostdeutschland insgesamt und darin auch die jüdische Perspektive eine besondere Rolle spielen. Die Linke wird sich dafür einsetzen.

⇒ Antwort von AfD

Wir denken nicht, dass dieses Zukunftszentrum viel Substanzielles zur deutschen, europäischen oder jüdischen Identität beitragen kann.

⇒ Antwort von SPD

Der Programmentwicklungsprozess des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation befindet sich noch ganz am Anfang. Vonseiten der das Zentrum tragenden gGmbH wurde zugesichert, dass in diesem Prozess auch die Erfahrungen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und Osteuropa mit einbezogen werden. Wir werden die Entwicklung des Programms weiter aufmerksam begleiten und eine angemessene Repräsentation der jüdischen Gemeinschaft einfordern.

## 7. Vertiefung der bilateralen Beziehungen Sachsen-Anhalts zum Staat Israel

**Frage:** Welche Initiativen wird Ihre Partei unterstützen, um die bilateralen Beziehungen Sachsen-Anhalts zum Staat Israel auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene weiter zu vertiefen?

### ⇒ Antwort von CDU

Bereits heute gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen Israel und Sachsen-Anhalt. So unter anderem im sportlichen, kulturellen, wirtschaftlichen wie auch wissenschaftlichen Bereich. Alle Maßnahmen zur Verstetigung, Weiterentwicklung und zum Ausbau der Beziehungen des Landes Sachsen-Anhalt zum Staat Israel werden von der CDU Sachsen-Anhalt begrüßt und ausdrücklich unterstützt.

Die CDU Sachsen-Anhalt begrüßt alle gegenseitigen Besuche und Austausch. Hierzu gehört der Ausbau von Schul- und Städtepartnerschaften ebenso wie wirtschaftliche Kooperationen, Gastspiele etc. Der Besuch in Israel soll sich auch über die Landeszentrale für politische Bildung verankern und so bald wie möglich ausgebaut werden. Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt offizielle Besuche des Ministerpräsidenten und der Mitglieder der Regierung und des Landtags in Israel zum Ausbau der Beziehungen auf allen Ebenen sowie die Aktivitäten von Vereinen und Verbänden wie der Gesellschaft für christlich-jüdischen Zusammenarbeit oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

Die Arbeit von ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, mit seinem Sitz in der Lutherstadt Wittenberg, wollen wir ebenso weiter unterstützen. Die bestehenden Städtepartnerschaften, wie die neuste zwischen Kiryat Motzkin und Magdeburg, wollen wir ebenfalls weiter fördern und wünschen uns den Aufbau weiterer solcher Verbindungen.

### ⇒ Antwort von FDP

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind einzigartig und bleiben ein Grundpfeiler deutscher Außenpolitik. Für die FDP ist deshalb klar: Deutschland steht zum Existenzrecht und zur Sicherheit des Staates Israel. Das gilt auf Bundesebene, und das gilt auch für Sachsen-Anhalt. Gerade angesichts der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen ist es wichtig, die Beziehungen zu Israel politisch, wirtschaftlich und kulturell weiter zu vertiefen.

Sachsen-Anhalt kann hierzu auf Landesebene einen konkreten Beitrag leisten: durch den Ausbau politischer Kontakte, die Intensivierung wirtschaftlicher Kooperationen, wissenschaftlichen Austausch sowie durch stärkere kulturelle und zivilgesellschaftliche Vernetzung.

Ein Schwerpunkt liegt für uns als FDP auf dem Austausch zwischen jungen Menschen. Der deutsch-israelische Jugendaustausch leistet einen unschätzbaren Beitrag für gegenseitiges Verständnis und nachhaltige Partnerschaften. Sachsen-Anhalt verfügt mit ConAct in Wittenberg über eine bedeutende Einrichtung des deutsch-israelischen Jugendaustauschs. Ebenso wichtig bleibt der enge Austausch mit dem Staat Israel, seinen diplomatischen Vertretungen und zivilgesellschaftlichen Partnern. Unser Ziel ist eine lebendige Partnerschaft, die politische Solidarität mit konkreter Zusammenarbeit verbindet.

#### ⇒ Antwort von DIE LINKE

Die Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für den kontinuierlichen Austausch von Menschen in Israel und Sachsen-Anhalt einsetzen. Die Beziehung auf staatlicher Ebene sind zum aktuellen Zeitpunkt durch das Kriegsgeschehen in der Region außerordentlich eingeschränkt. Die Linke in Sachsen-Anhalt setzt sich für das Existenzrecht Israels genauso ein wie für die Existenz eines palästinensischen Staates entsprechend der jeweiligen UN-Resolution. Wir lehnen pauschale Boykottaufrufe gegenüber Israel ab, unterstützen jedoch Aktionen, die auch von der israelischen Regierung verlangen, für Frieden und Gleichberechtigung in der Region zu agieren, und wenden uns insbesondere gegen die Völkerrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.

#### ⇒ Antwort von AfD

Wir streben eine Vertiefung der Beziehungen zu Israel auf allen Ebenen an. Zu denken wäre an eine Intensivierung der Beziehungen zwischen dem Landtag von Sachsen-Anhalt und der Knesset, an eine Erleichterung des Schüler- und Studentenaustauschs oder an eine besondere Förderung der Judaistik an der Universität Halle.

#### ⇒ Antwort von SPD

Das Land Sachsen-Anhalt pflegt enge und freundschaftliche Beziehungen zum Staat Israel und zu dessen Botschaft in Berlin. Es bestehen verschiedenste Kultur- und Wirtschaftskooperationen sowie Verbindungen auf kommunaler Ebene. Etwa die im November 2024 beschlossene Städtepartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Kiryat Motzkin oder die Deutsch-Israelische Gesellschaft. Die Landesregierung unterstützt seit der Gründung 2001 das bundesweit agierende Koordinierungszentrum ConAct für den deutsch-israelischen Jugendaustausch mit Sitz in Lutherstadt Wittenberg. Derzeit sind aufgrund des Iran-Krieges Austausche und persönliche Beziehungen schwieriger geworden. Diese Aktivitäten wollen wir weiterführen. Gern möchten wir eine Zusammenarbeit mit Yad Vashem für den Bildungsbereich/Gedenkstätten intensivieren.